

Rede zum Einzelplan 08 – Europa- und Entwicklungspolitik

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

zum Einzelplan 08 gehört auch die Europa- und Entwicklungspolitik. Den Zahlen im Kapitel 08 070 nach – ein scheinbar kleiner Bereich. Nimmt man die über 3 Milliarden Euro hinzu, die Brandenburg zwischen 2007 und 2013 aus dem Brüsseler EU-Topf bekommt, verschieben sich die Relationen schon erheblich. Hinzu kommt, dass die Koalition gerade in diesem Bereich für die Jahre 2009 bis 2014 Etliches vereinbart hat, das sich quantitativ, vor allem aber qualitativ auf den Landeshaushalt auswirken wird.

Rot-Rot hat mit dem Koalitionsvertrag Akzente gesetzt, die sich deutlich von der politischen Agenda zu Zeiten der Vorgängerregierung unterscheiden. Ich will die Kollegen der CDU, erinnern: Es war ein CDU-Minister, der dafür sorgte, dass seit 2002 kein Cent mehr für die Unterstützung entwicklungspolitischer Arbeit im Landeshaushalt stand.

Im Unterschied dazu hat das politische Programm von Rot-Rot eine andere Qualität: Europapolitik soll künftig ein wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik in Brandenburg sein – die „materielle“ Basis für die „Europapolitische Offensive“, die für die DIE LINKE immer eingesetzt haben, ist damit gegeben:

- ▶ Im Rahmen der **Oderpartnerschaft** soll gemeinsam mit den Nachbar-Woiwodschaften und -ländern eine Verständigung über die Entwicklungslinien für die Region an Oder und Neiße herbeigeführt werden; Schwerpunkte sind Verkehrsinfrastruktur, Tourismus, Arbeitsmarkt, Bildungspolitik

und Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region.

► Die **Euroregionen** sollen durch die Koalition bei ihrer Profilierung zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung durch das Land unterstützt werden.

► **Jugendaustauschmaßnahmen** sollen im europäischen Kontext, **insbesondere mit Polen und anderen östlichen Nachbarn**, verstärkt werden.

► Generell soll der Blick nach Osten geschärft werden. Die Weiterentwicklung der **Zusammenarbeit vor allem mit Regionen in Polen sowie anderen MOE-Staaten** soll über weitere Partnerschaftsbeauftragte Brandenburgs in diesen Ländern und über andere Wege befördert werden.

► Im Rahmen einer Strategie zum **Ausbau der Mehrsprachigkeit** soll nicht nur dem Erlernen von Fremdsprachen, vor allem der polnischen Sprache, breiterer Raum gegeben werden, sondern auch in Bezug auf die hier gesprochenen Minderheitensprachen (Niedersorbisch, Romanes) sowie für die Regionalsprache Niederdeutsch sollen neue Akzente gesetzt werden.

► Brandenburg wird seine Erfahrungen und Interessen **frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union einbringen**. Das betrifft nicht nur die Schaffung der bestmöglichen Bedingungen in der **nächsten Förderperiode** (insbesondere für eine Verstärkung der europäischen Unterstützung für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit). Nein, wir wollen uns generell stärker einmischen in die Diskussionen um die Zukunft der Staatengemeinschaft. Dazu gehört, dass sich die Koalitionspartner in Abstimmung mit Gewerkschaften für **ein neues Verhältnis von sozialen**

Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den Europäischen Verträgen einsetzen.

Für all diese Pläne gibt es schon heute Ansatzpunkte im Landeshaushalt. Einiges davon kam im Verlaufe der Beratung in den Ausschüssen hinzu. Vor uns liegen aber noch viereinhalb Jahre in dieser Regierung. Insoweit ist es selbstverständlich, dass vieles bisher nur andiskutiert, manches auch noch gar nicht begonnen wurde.

Offene Fragen, zu lösende Aufgaben gibt es nicht wenige. Ich will hier beispielhaft nur auf eine verweisen, die Arbeit der Partnerschaftsbeauftragten in Polen und Rumänien, für die im Einzelplan 200.000 Euro eingestellt sind: Es ist gut, dass DIE LINKE schon vor einigen Monaten im Europaausschuss durchgesetzt, dass der Ausschuss sich (voraussichtlich) im Juni mit der Arbeit der Partnerschaftsbeauftragten beschäftigen. Dieser Tage wurden mir zu diesem Thema durch die Landesregierung drei kleine Anfragen beantwortet. Auf dieser Grundlage wollen wir – gemeinsam mit Heike Uhe (Wrocław/Niederschlesien)¹, Angelika Menze (Poznań/Großpolen) und Dr. Birgit Schliewenz (Region Centru)² erörtern, wie die Beauftragten als Bindeglieder zwischen der Landespolitik, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren in Brandenburg und den drei Partnerregionen künftig agieren sollen und welchen Rahmenbedingungen seitens der Landespolitik dafür erforderlich sind.

Auf der Habenseite dieser Haushaltsdebatte steht auch ein Titel zur Entwicklungspolitischen Projektförderung, erstmals seit 8 Jahren! Ich freue mich darüber, dass dieser Antrag einstimmig im Fachausschuss beschlossen wurde! Die Koalition hat sich dazu bekannt, dass dieser eine Haushaltstitel keine „Eintagsfliege“ bleibt. Einer guten Tradition der vergangenen 20 Jahre folgend

1 Wrozwaw – Betonung auf der ersten Silbe.

2 Tschentru – Betonung auf der ersten Silbe.

wird unsere Fraktion nach Kräften versuchen, ihre Ideen für das künftige entwicklungspolitische Engagement Brandenburgs auch künftig einzubringen. Das gilt für die zugesagte Überarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien wie auch für die Einbeziehung der in diesem Bereich tätigen NGOs in die Landespolitik. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Förderung einer sozialen Infrastruktur in den Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie die Unterstützung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sollten nach unserer Überzeugung Ansatzpunkte auch und gerade für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg sein.

Mit der Beschlussfassung zum Landeshaushalt 2010 sendet der Landtag wichtige Signale für die Europa- und Entwicklungspolitik, dem weitere folgen müssen und werden.